

# 1. Teil: Einleitung

---

**"BIEL-BIENNE:**

*Lebendige und gastfreundliche Stadt mit 58'000 Einwohnern. Biel offeriert seinen Besuchern gute Hotels, eine gastronomische Küche, beste Einkaufsmöglichkeiten und vor allem eine durch seine Zweisprachigkeit bestimmte Charakteristik. Ausflugszentrum für die nähere und weitere Umgebung dank seiner verkehrsgünstigen Lage."*<sup>1</sup>

"Mehr als die Hälfte der Menschheit ist mehrsprachig. Mehrsprachig ist keine Ausnahme, nichts Exotisches oder Geheimnisvolles, sondern ein möglicher Normalfall." ( LÜDI/PY 1984: 1)<sup>2</sup> Weltweit existieren zwischen 3000 und 4000 Sprachen, die sich auf nur etwa 150 Länder verteilen. Die meisten Länder sind also mehrsprachig.<sup>3</sup>

Somit kann die Bieler Zweisprachigkeit gar nicht so sehr als Sonderfall gelten, wie oft hervorgehoben wird. **Biel** <sup>4</sup>*war auch nicht immer zweisprachig.* Trotzdem musste sich die Stadt seit ihrer Gründung mit der Zweisprachigkeit auseinandersetzen.

<sup>1</sup> Aus einem Prospekt der Tourist Information, Biel-Bienne.

<sup>2</sup> Zitate werden in der Form "NACHNAME (Erscheinungsjahr) : (Seite) " angegeben. Mehrere zitierte Seiten werden mit "ff." abgekürzt. Die Literaturliste befindet sich im Anhang D

<sup>3</sup> In Neu-Guinea existieren sogar 700 verschiedene Sprachen, die voneinander so verschieden sind wie Französisch, Englisch oder Russisch. Dennoch werden die 11 häufigsten Sprachen von mehr als 70% der Weltbevölkerung gesprochen. ( GROSJEAN 1982 : 4)

<sup>4</sup> Der Name "Biel" ist in diesem Bericht stets als "Bienne-Biel" zu lesen.

## 1.1 Sprachgeschichte (Teil I.)

---

Seit dem Vorstoss der Alemannen im 7. Jahrhundert, der im Grossen Moos zum Stillstand kam, veränderte sich die Sprachgrenze nur geringfügig. (Werner HAAS in: ARQUINT et al. 1982 : 54ff.) So liegt Biel heute für viele Westschweizer in der Deutschschweiz, Bienne für Ostschweizer im französischen Landesteil. Vom 10. bis zum 17. Jahrhundert bildete der Twannbach die Grenze zwischen den Alemannen und den Burgundern. " Die ältesten Geschlechternamen Twanns sind alle deutsch, aber diejenigen von Ligerz sind zum grossen Teil heute noch französisch, obschon die Ligerzer allmählich die deutsche Sprache angenommen haben. Dieser Übergang zum Deutschen führte 1753 dazu, dass Bern entschied, Ligerz sei in Zukunft nicht mehr als französische sondern als deutsche Pfarrei zu führen." Die damals gegründete Stadt Biel gehörte politisch zum Fürstbisthum Basel und bildete dessen südlicher Grenzort, kirchlich war sie aber dem Bistum Lausanne zugeteilt. Das französischsprachige St.Imier-Tal (Erguel) wiederum war Biel zugeteilt, so dass sich die Bieler Behörden für Aufgebote, Erlasse, sowie für Korrespondenz mit dieser Region in französischer Sprache ausdrücken mussten, wollten sie verstanden werden. " Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass seit 1510 bei der Wahl von Stadtschreibern verlangt wurde, dass die Zweisprachigkeit in Wort und Schrift Voraussetzung sei." Die französischsprachigen Zuwanderer aus dem Jura nahmen damals in Biel die deutsche Sprache an., und ihr Namen wurde " eingedeutscht" . " Schon bald nach Annahme der Reformation drängte sich in Biel die Notwendigkeit einer französischen Seelsorge auf." Ab 1584 wurde eine eigene Pfarrei errichtet. Bis zur Erstellung einer eigenen Kirche (1904) wurden die Predigten in der "Siechenkirche, halbwegs Bözingen gelegen" abgehalten. Ab 1619 fanden dort vierzehntägliche Gottesdienste statt. Sie waren allerdings nicht nur für die Gemeinde Biel bestimmt. <sup>5</sup>

Mit dem Einmarsch der französischen Revolutionstruppen 1798 wurden die Sprachen gesamtschweizerisch rechtlich gleichgestellt. Der französische Zentralismus brachte einen grossen Verwaltungsaufwand mit sich. So wurden Dolmetscher und Übersetzer notwendig, um zwischen den deutschsprachigen Gebieten und der französischen Regierung zu korrespondieren. Auch die Verwaltung in Biel war zu dieser Zeit offiziell französischsprachig, obwohl nur ein geringer Teil Französischsprachiger in der Stadt wohnte. Während der darauffolgenden Helvetischen Republik wurden die Bundesbeschlüsse prinzipiell in deutscher Sprache verfasst. Auf Übersetzungen wurde verzichtet. Eine neue Demokratisierung trat nach 1830 ein, die dazu führte, dass in der Bundesverfassung auch die Sprachregelung verankert wurde. <sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Diese Angaben und die Zitate beziehen sich alle auf BOURQUIN 1955.

<sup>6</sup>Während der Zeit der Helvetischen Republik wurden die Sprachprobleme auf Bundesebene "pragmatisch gelöst: Die sprachgewandten Aristokraten waren wieder unter sich, jeder konnte in seiner Sprache sprechen, ohne dass Dolmetscher gebraucht wurden." Nach 1830 "waren die eingespielten Verhältnisse so selbstverständlich, dass der Verfassungsentwurf von 1847 keine Bestimmung über die schweizerischen Sprachen enthielt. Erst in der Diskussion schlug der Gesandte der Waadt einen Sprachenartikel vor: "Les trois langues parlées en Suisse, l'allemand, le français et l'italien, sont langues nationales." Dieser Vorschlag fand seinen Niederschlag im Art. 109 der damaligen Verfassung, heute Art. 116. (Walter HAAS in: ARQUINT et.al. 1982 : 68ff.)

"Bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war Biel ein kleines mauer- und turmbewehrtes Landstädtchen. Es zählte im Jahre 1818 2230 Einwohner. Seine Bewohner lebten von den Erträgen ihres Weinberges und ihres Ackers... Schon im 17. Jahrhundert waren Gesuche um die Einführung einer Industrie, wie sie z.B. flüchtige Hugenotten dem Rat vorlegten, kurzerhand abgewiesen worden". Die Zünfte der Stadt trieben eine protektionistische Politik und standen Einbürgerungen kritisch gegenüber. (BAUMGARTNER 1927)

Während der französischen Besatzungszeit erlebte die 1747 gegründete Indienne-Druckerei (Textildruck) eine Zeit der Hochblüte und vermochte sich zu einem Grossbetrieb entwickeln. "Andererseits ging das seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts in Biel nachweisbare Uhrmacherhandwerk während der Franzosenzeit an der französischen Gesetzgebung, besonders am Verbot, Edelmetalle zu exportieren zugrunde."(Christoph ZÜRCHER 1986) Nachdem Biel, das zusammen mit dem Südjura einen eigenen Kanton bilden wollte, im Wiener Kongress 1815 zusammen mit dem Jura kurzerhand dem Kanton Bern zugeteilt wurde, entfielen der Stadt wichtige Steuereinnahmen, so dass sie schliesslich eine wirtschaftliche Entwicklung aufzuziehen gezwungen war - eine Tendenz, die durch das aufkommende Wirtschaftsbürgertum noch gefördert wurde. "Als die Bestrebungen Biels, nach der durch die Zollschranken herbeigeführten Schliessung der Indienne-Fabrik, die während eines ganzen Jahrhunderts das Wirtschaftswesen der Stadt bestimmt hatte, die Uhrenindustrie einzuführen, von Erfolg gekrönt waren, bedeutete der Zuzug von Uhrmacherfamilien aus den Juratälern für Biel den endgültigen Übergang zur Zweisprachigkeit." (BOURQUIN 1955)

Die "Bestrebungen Biels" bestanden vorallem darin, die Aufnahmebeschränkungen für Französischsprachige abzubauen. Während in der "Stadtsatzung von 1562 hinsichtlich der Bürgerannahme bestimmt (wurde), ... 'dass man keinen fremden Mann oder Gesellen, sonderlich kein welsches Volk zum Bürger nehmen soll, es wäre denn ein redlicher, geschickter Handelsmann'"(BOURQUIN 1955), so wurde den von 1844 bis 1848 zuwandernden Jurassier das "Einsassengeld", die Taxe für das Wohnrecht in Biel (KÜENZLI 1956) und die städtische Steuer für drei Jahre erlassen. (ZÜRCHER 1986)

Die *Zuwanderung der französischsprachigen Uhrmacher* war so gross, dass sich diese nicht mehr "verdeutschen" liessen. Während bereits ab 1747 ein freiwilliger Französischunterricht durch die Lateinlehrer erfolgte (BOURQUIN o.J.) und die deutschsprachigen *Schulen* 1835 verstaatlicht wurden (SCHULE 1986 : 5), so dauerte die Einführung des öffentlichen französischsprachigen Unterrichts noch einiges länger: Von 1845 bis 1857 bestand zwar eine französische Privatschule und ab 1855 eine "école dimanche" . Die französische Privatschule wurde - auf Begehren der "colonie des horlogers" - jedoch erst 1860 gegründet. 1877 wurden schliesslich auch in den Primarschulen französischsprachige Klassen geführt. (KÜENZLI 1956)

Die in immer grösserer Anzahl zuziehenden Romands gründeten allmählich auch eigene *Vereine*. So war der Grütliverein (der "Vorläufer" der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz) sprachlich getrennt, und 1854 entstand die "Société jurassienne d'émulation" , von deren 18 Mitglieder allerdings 13 deutschsprachig waren. (BOURQUIN 1955) 1858 wurde die "Société de Prévoyance des horlogers du district de Bienne" gegründet, 11 Jahre später jedoch in die "Vorsichtkasse Biel" umbenannt. Als erste französischsprachige *Zeitung* wurde ab 1863 das "Journal de Bienne" herausgegeben (ab 1864 "Feuille d'avis de Bienne et de Neuveville", BAUMGARTNER 1927).

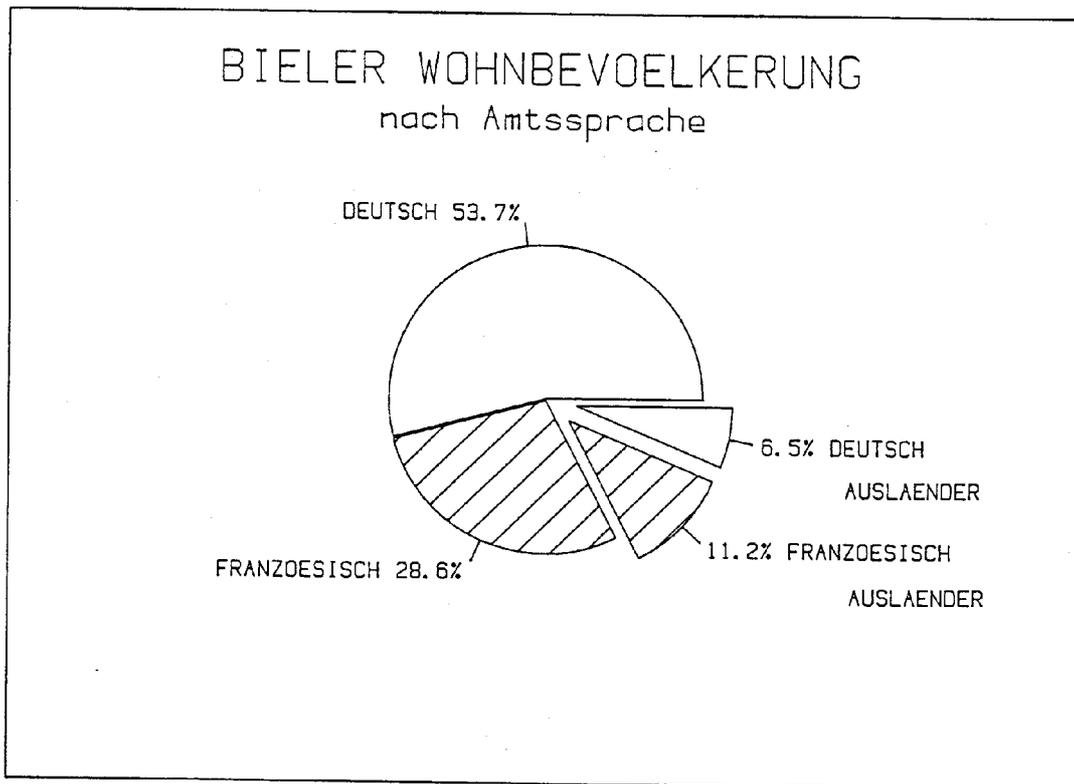
1869 wurde auch zum ersten Mal ein offizieller *Übersetzer* ("aux assemblées communales" ) eingesetzt. Elie DUCOMMUN, der diese Stelle ab 1870 besetzte, entwickelte sich zum grossen Förderer der Bieler Zweisprachigkeit. Er gründete auch die erste französischsprachige Partei in Biel, den " Cercle démocratique romand" , deren Zweck vorwiegend in der Förderung des Freihandels lag. (BOURQUIN o.J.). Ab 1874 erschien schliesslich auch das offizielle *Gemeindereglement* in beiden Sprachen. (KÜENZLI 1956)

Die Entwicklung des zahlenmässigen Verhältnisses von deutsch- und französischsprachigen Bielerinnen und Bieler lässt sich wie folgt darstellen:<sup>7</sup>

Jahr	Deutsch- sprachige	Französisch- sprachige	total	Prozentanteil Französisch- sprachige	Quelle
1416	-	-	450	-	(a)
16.Jh.	-	18	-	-	(a)
17.Jh.	-	40	-	-	(b)
1793	1726	21	1747	1.0	(b)
1860	7340	1385	8725	15.8	(a,b)
1880	13353	3207	16560	19.5	(c)
1888	15582	5372	20954	25.6	(c)
1900	20367	8373	28740	29.1	(c)
1910	22017	9209	31226	29.5	(c)
1920	23059	10440	33499	31.2	(c)
1930	24946	11673	36619	31.9	(c)
1941	27299	12986	40285	32.2	(c)
1950	32188	14598	46786	31.2	(c)
1960	37335	16496	53831	30.6	(c)
1970	36354	17396	53750	32.4	(c)
1980	29674	15725	45399	34.6	(c)

<sup>7</sup> Quellen: (a) SCHULE 1986 : 6, (b) BRUCKERT 1971; es handelt sich nur um Französischsprachige mit Bürgerrecht; (c) KURZINFORMATION 1985 : 15, Volkszählungsdaten, wie sie ab 1880 erfasst wurden. Damals notierte der Zählungsbeamte selber die Sprache, "welche in jeder Haushaltung in Übung ist" . Erst ab 1888 wurde die 'Muttersprache' erfragt, ab 1950 schliesslich "die Sprache, in der man denkt und die man am besten beherrscht." (vgl. CAMARTIN in: ARQUINT et.al. 1982 : 309ff.)

Die Aufteilung nach Amtssprachen sah auf Ende 1985 wie folgt aus:



Werden nur Schweizerinnen und Schweizer berücksichtigt, so beträgt der Anteil der Deutschschweizer 65 % , derjenige der Romands 35%.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Die Begriffe " Deutschschweizer" und " Romands" werden als Oberbegriffe aufgefasst. Im vorliegenden Bericht sind sie also stets in männlicher und in weiblicher Form zu lesen.

## 1.2. Sprachenrecht

---

In der Fassung vom 18. November 1920 ist im **Gemeindereglement** folgender Artikel zu finden: "Die Gemeindereglemente werden in deutscher und in französischer Sprache gedruckt. Im Zweifelsfalle ist der deutsche Wortlaut massgebend." (Art. 5) Dieser einschränkende Zusatz wurde auch in der Revision von 1947 belassen. Erst in der Änderung von 1964 wurde er gestrichen, und zwar mit der Begründung: "Wir glauben, dass nun auch dieses Relikt fallen kann, werden doch die Vorlagen an den Stadtrat und an das Volk in deutscher und in französischer Sprache unterbreitet und in keiner Sprache allein beschlossen." <sup>9</sup>

Diese Bestimmung gilt als ein wichtiger Grundsatz der **Sprachfreiheit** im öffentlichen Gebrauch. "Die herrschende Lehre definiert die Sprachfreiheit als das Recht des Individuums gegenüber dem Staat auf eigenen freien Gebrauch seiner Muttersprache in Wort und Schrift." <sup>10</sup>

Sie bedeutet vor allem, dass jeder Mensch sich an die Behörden entweder in deutscher oder in französischer Sprache wenden kann, dass diese Sprache akzeptiert wird, und dass jedem Mensch das Recht zusteht, eine Antwort in der entsprechenden Sprache zu erhalten. "Die Sprachenfreiheit steht jedem Menschen zu, sie ist also nicht.... an das Bürgerrecht gebunden." <sup>11</sup>

Mit der Sprachenfreiheit ist aber nicht schon zugleich ein **Minderheitenschutz** vorgesehen.

Dieser wird, nach SCHAEPPi 1971 : 10 für den Gesetzgeber "dann relevant, wenn er einer bestimmten Minderheit einen besonderen Schutz oder Vorteil (Art. 107 BV ) gewähren oder sie benachteiligen will". So wurden die Juden bis 1866 von der Niederlassungsfreiheit ausgeschlossen. Als sprachliche Minderheiten kann "jene territorial oder personal fixierbare Gruppe innerhalb einer staatlichen Gemeinschaft", aufgefasst werden, "die von der Rechtsordnung durch Auswahl der sie charakterisierenden Merkmale von der Mehrheit unterschieden wird." (Werner KÄGI, zitiert nach SCHÄPPI 1971 : 12.)

Für den Entscheid, ob Biel überhaupt als zweisprachig gelten könne, stehen drei Kriterien an,

---

<sup>9</sup> Zitiert nach der "Botschaft des Stadtrates" zur Abstimmung über die Gemeindeabstimmung vom 31. Januar / 2. Februar 1964, betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung. Eine Diskussion über die Streichung des betreffenden Abschnittes ist in den Stadtratsprotokollen nicht vermerkt. Vom Kanton Bern wurde übrigens nur die deutschsprachige Fassung des Reglementstextes ratifiziert. Für die Angaben der juristischen Regelung der Zweisprachigkeit auf kommunaler Ebene danke ich Herrn van Wjinkoop und Herrn von Escher bestens.

<sup>10</sup> SCHAEPPi 1971 : 56; und weiter: "Diese Definition erscheint uns zu eng, da sie zu sehr auf die Muttersprache und damit indirekt auf die Regelung des öffentlichen Sprachgebrauchs zugeschnitten ist. Wir schlagen deshalb vor, die Sprachenfreiheit zu umschreiben als das Recht des Individuums gegenüber dem Staat auf freien Gebrauch jeder beliebigen Sprache in Wort und Schrift." Damit sollten auch Fremdsprachen und Kunstsprachen (z.B. Esperanto) geschützt werden. Nach aktueller Rechtslage ist das Sprachenrecht bezüglich des öffentlichen Gebrauchs heute nicht vollständig garantiert. So sind gewisse Begriffe und Äusserungen unter Strafe gestellt, etwa " Verleumdungen" oder " Aufforderungen zu Gewalttätigkeit" .

<sup>11</sup> SCHAEPPi 1971 : 57. Ebenfalls naturrechtlich aufgefasst wird die Sprache in der SPRACHENCHARTA 1968 : Abschnitt C.

ein historisches ("wenn auf ihrem Territorium zwei Sprachen heimisch sind, d.h. zum kulturellen Erbe der ansässigen Bevölkerung gehören.") (vgl. SPRACHENCHARTA 1968 : 22), ein wissenschaftlich - statistisches (bei einer "verhältnismässig starken sprachlichen Minderheit"), oder ein politisches (wenn sich die Gemeinschaft "amtlich als zweisprachig bezeichnet"). Während das dritte Kriterium für Biel zutrifft, so gelten die ersten beiden genaugenommen nicht: Weder war Biel seit jeher zweisprachig, noch überschreitet der Anteil Romands an der Gesamtbevölkerung die kritischen 30 %.

Da Minderheiten ständig überstimmt werden können, reicht das gleiche Stimm- und Wahlrecht nicht zum Schutze der Minderheit aus. Vielmehr müsste eine angemessene Vertretung in Politik und Verwaltung gewährleistet sein. "Der Anspruch auf angemessene Vertretung in den Behörden ist in erster Linie ein politisches Prinzip. Es beherrscht die politische Praxis in Bund, Kantonen und Gemeinden sosehr, dass es nur ausnahmsweise seinen Niederschlag in der Gesetzgebung gefunden hat. ...Vereinzelt sind ausdrückliche Vertretungsgarantien für Exekutiv- und Justizbehörden zu finden, für die Verwaltung dagegen nie." (SCHAEPI 1971 : 158) In der Gemeindeordnung der Stadt Biel ist im Art. 36 (1.3.) lediglich festgehalten: "Bei der Bestellung der Behörden ist auf die Vertretung der Minderheiten angemessen Rücksicht zu nehmen."

**Auf kantonaler Ebene** ist der Minderheitenschutz genauer gefasst: So wird der französischsprachigen Bevölkerung seit 1978 ein Sitz im Regierungsrat garantiert.<sup>12</sup>

Dennoch kann die französischsprachige Minderheit natürlich immer wieder überstimmt werden, wie für die Gesamtschweiz am Beispiel des Gurtenobligatoriums überaus deutlich wurde.<sup>13</sup>

Die Regelung der offiziellen Sprachen für den Amtsbezirk Biel ist auf kantonaler Ebene in einem Dekret vom 26.2.1952 festgehalten. Es regelt die generelle schriftliche und mündliche Zweisprachigkeit für die Gerichte und schreibt vor: "L'allemand est en règle générale la langue judiciaire" (Art.2). Die französische Sprache ist allerdings bis auf zwei Ausnahmen ebenfalls zugelassen. Zum einen müssen die Grundbucheintragungen auf deutsch erfolgen, und zum anderen ist die Verhandlungssprache des Geschworenengerichts deutsch. (Art. 2/7) Ansonsten gilt der in Artikel 17 der Staatsverfassung festgehaltene Abschnitt: "**Amtssprachen** sind im Berner Jura das Französische, im Amtsbezirk Biel das Deutsche und das Französische, in den anderen Amtsbezirken das Deutsche." Diese Regelung der offiziellen Sprachen nach Bezirken ist Ausdruck des in der Gesetzgebung festgehaltenen sprachlichen **Territorialprinzips**. Demnach wird für jedes Territorium (Region) eine (oder mehrere) offizielle Sprache(n) bestimmt, die für

<sup>12</sup> Art. 33 der Staatsverfassung. Das entsprechende "Gesetz über die Mitwirkungsrechte des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel" wurde übrigens in ähnlicher Form bereits als "Jurastatut" zur Klärung der Jurafrage vorgeschlagen, damals aber abgelehnt (1974). Im Verhältnis zur Autonomie des Juras als eigener Kanton waren die vorgeschlagenen Änderungen minim und brachten keine wesentliche Änderung. (vgl. GANQUILLET 1985 : 140ff.)

<sup>13</sup> "Ein geradezu sensationell unterschiedliches Ergebnis bezüglich der zwei Sprachgruppen brachte die Volksabstimmung vom 30. November 1980. ...52 % der Schweizer stimmten für das Gurtenobligatorium: laut Nachbefragung 78 % der Deutschschweizer und nur 22 % der Welschschweizer. Als Motiv für die Ablehnung erklärten 76 % der Befragten, hier werde vom Staat aus zu direkt in den Bereich der persönlichen Freiheit eingegriffen." (CAMARTIN in: ARQUINT et.al. 1982 : 334).

alle in diesem Territorium sich aufhaltenden Menschen gegenüber den Behörden gelten.<sup>14</sup>

So schreibt die Amtssprachenregelung des Kantons auch vor, dass nur gerade im Amtsbezirk Biel sowohl deutsch- als auch französischsprachige - nicht hingegen beispielsweise italienischsprachige - Schulen geführt werden.

Dies führt zu einer relativen Isolierung der Stadt von der sie umgebenden Region. Als die benachbarte Gemeinde Nidau 1921 auf Initiative von 71 Bürgern eine Fusionskommission einsetzte, die eine Vereinigung mit Biel prüfen sollte, dieser Vereinigungsantrag sogar von den Nidauern genehmigt wurde, beschloss der Berner Grosse Rat mit 102 zu 35 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage. "Einer der Gründe: Die Sprachgrenze...dürfe nicht verschoben werden. Ein Rekurs der Nidauer blieb vor Bundesgericht ohne Erfolg." (Bernhard Weissberg in: Der Bund, 27.10.83).

Diese Sprachschranken ändern aber nichts an der Bedeutung der Stadt Biel als Regionalzentrum für die umliegenden Gemeinden. Zu Zwecken der Schulkoordination, der Spitäler, der Wasser- und Gasversorgung, der Regionalplanung usw. haben sich die Gemeinden zu entsprechenden Verbänden zusammengeschlossen.

---

<sup>14</sup> Das Territorialprinzip ist eigentlich zum Schutze der sprachlichen Minderheiten gedacht und besagt, dass im Bundesrecht "den vier Landessprachen (deutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch) nicht nur der öffentliche Gebrauch, sondern darüber hinaus ihr Bestandteil, ihr Sprachgebiet und dessen Homogenität gewährleistet werden soll." Die Sprachhoheit steht allerdings den Kantonen zu, und nicht dem Bund oder den Gemeinden: "Es ist ausschliesslich Sache der Kantone zu bestimmen, welche Sprachen im Verkehr mit den Organen gebraucht werden dürfen", so lautet der Bundesgerichtsentscheid BGE 83 III 56f. Dabei müssen die Kantone jedoch den Minderheitenschutz berücksichtigen.

Da sich Fremdsprachige hingegen der Amtssprache anpassen müssen, wird mit dem Territorialprinzip die individuelle Sprachfreiheit beeinträchtigt. Trotzdem kam das Bundesgericht zu folgendem Schluss: "Sprachenrecht und Territorialprinzip stehen im Verhältnis von Regel und Ausnahme". Aus dem Tessin ist dieser Entscheid bemängelt worden, weil er eine Verdeutschung fördere. In der Tat weisen gewisse Gemeinden bereits Deutschschweizeranteile von mehr als 40 % auf (Agra, Ascona, Ronco, usw.). Der Jurist PEDRAZZINI beurteilte die Rechtslage als ungenügend, weil der Minderheitenschutz zu wenig berücksichtigt werde. (SCHAEPPPI 1971 : 24, 54, 59ff.) Als offizielle Sprache gilt im Tessin übrigens nach wie vor ausschliesslich das Italienische.

### 1.3. Raum und Wirtschaft

---

Aufgrund der Lage am Jurasüdfuss mit einer Verbindung zum Jura liegt Biel **verkehrstechnisch** günstig. Am Abfluss des Bielersees gelegen, konnte Biel - wie auch Nidau - schon früh von der Wasserverbindung Yverdon-Solothurn profitieren. Mit der Entwicklung der Eisenbahn ab Mitte des letzten Jahrhunderts wurde die Bedeutung Biels als Verkehrsknoten noch verstärkt: Die "Centralbahn" eröffnete 1857 ihre Verbindung Olten-Bern, die "Ost-West-Bahn" erschloss Biel ab 1860 mit Neuchâtel, die "Bernener Staatsbahn" vier Jahre später mit Zollikofen, und die "Chemins de fer du jura bernois" erstellten 1874 die "liaison horlogère" als Verbindung zum Süden. "Der Einbau Biels ins schweizerische Schienenverkehrsnetz vollzog sich relativ unproblematisch und rasch innerhalb einer Zeitspanne von nur 20 Jahren. Er löste in der Stadt und ihrem Umland gewaltige Wachstumsimpulse aus und wurde durchwegs als Schritt in eine vielversprechende Zukunft gewertet." <sup>15</sup>

Mit dem Zuzug der Uhrenmacherfamilien aus dem Jura und der immer wichtiger werdenden Rolle **Biels als Wirtschaftszentrum** musste die Stadt mehrmals erweitert werden: "Die Stadt sprengte ihren mittelalterlichen Mauergürtel erst nach 1850. Die Schleifung der Türme und Tore begann 1827 und ... wurde 1875 beendet. Nach 1850 verlangte die Zuwanderung von Uhrenmachern und ihren Familien nach der Bereitstellung neuen Wohnraumes." Zwischen 1850 und 1910 wuchs die Stadt mit einer Zunahme von 383 % enorm an, und zählte nun 23'394 Einwohner. Mit dieser Wachstumsrate liegt Biel hinter Zürich und St.Gallen für diesen Zeitraum an dritter Stelle. (ZÜRCHER 1986) Die Stadt dehnte sich erst gegen Westen aus, dann in die übrigen Richtungen und erreichte bald die Stadtgrenzen. Gleich zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Gemeinde Vingelz **eingemeindet**, 1917 Bözingen, 1920 schliesslich auch Mett und Madretsch. Gegen die Eingemeindung Nidaus wehrte sich - wie oben erwähnt - der Grosse Rat. (BRUCKERT 1970 : 101)

Mittlerweile hatte sich neben der Uhrenindustrie, die damals bereits vier Krisen hinter sich hatte, auch die Metallindustrie mit einigen Giessereien, Maschinenfabriken und mechanischen Werkstätten in Biel angesiedelt.

Nach der durch die Herstellung von Munition bedingten Kriegskonjunktur waren in Biel Ende 1921 gut 10 % der Erwerbstätigen voll- oder teilweiseslos. Erst in den 30er Jahren trat für die Wirtschaft eine Besserung ein, als der sozialdemokratische Stadtpräsident Guido Müller "in einer kühnen Aktion die amerikanische Automobilfirma General Motors in die Stadt (holte). Im Mai 1935 bewilligten die Bieler Stimmberechtigten mit 5088 gegen 151 Stimmen einen 2-Mio-Kredit zum Bau einer Fabrikanlage. Sie wurde der GM für 10 Jahre vermietet. Überdies erhielt die Firma für diese Zeit Steuervergünstigungen..." (ZÜRCHER 1986)

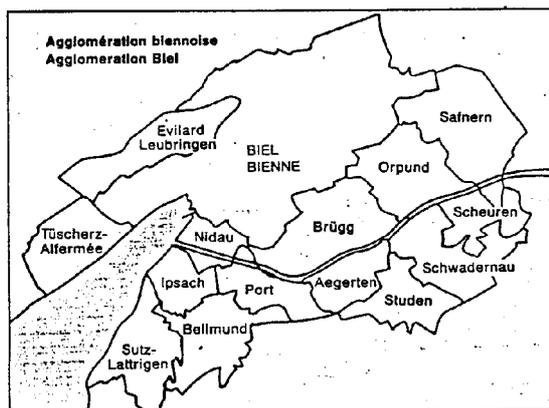
In den 60er Jahren erlebte Biel eine starke Wirtschaftskonjunktur, in deren Folge grosse Massen von ausländischen Gastarbeitern angezogen wurden. <sup>16</sup>

Mit dem Wirtschaftsboom ging auch ein Bauboom einher, der nicht nur in Biel, sondern auch in den umliegenden Agglomerationsgemeinden zu einer Domination von Neubauten und Hochhausblöcken führte. (BRUCKERT 1971) Biel wurde mehr und mehr zu einer **Pendlerstadt** und verlor seit 1964 ständig an Einwohnern. Dieser Bevölkerungsverlust ist nicht nur auf den "Pillenknicke" zurückzuführen, sondern wurde überdies verstärkt durch die aufkommende Stadtflucht, die mit der

<sup>15</sup> ZÜRCHER 1986, vgl. auch - besonders für die Wasserwege - BRUCKERT 1970 : 47)

<sup>16</sup> Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer stieg allerdings bereits in den 50er Jahren und hielt sich bis ungefähr 1970 an. (KURZINFORMATIONEN DER STADT BIEL, 1985)

individuellen Automobilisierung erleichtert wurde. Dieser Trend hält auch noch heute an. Als Folge der sich verschlechternden Lebensqualität in der Stadt (Luftverschmutzung, Lärm, Verkehrsbedrohung, fehlender Freiraum) ziehen nach wie vor grosse Teile der Bevölkerung in die noch "grüneren" umliegenden Gemeinden. Es sind heute allerdings nicht vorwiegend junge Familien mit Kindern, die aus der Stadt fliehen, sondern verhältnismässig häufiger Einzelpersonen. (TUROLLA 1982 : 92)



Von dieser Entwicklung weitgehend unberührt blieb die wichtige Stellung Biels als **regionales Zentrum** : Spitäler, Schulen, Theater, Kino, aber auch das Geschäftszentrum und die Arbeitsplätze haben eine grosse Bedeutung für die Agglomeration. Während 1950 der Anteil der in der Stadt Beschäftigten, nicht aber in Biel wohnenden noch 13 % betrug, so stieg er in Zehnjahresschritten auf 16 % (1960) , 20 % (1970) und betrug 1980 bereits 25 %. Heute dürfte er sogar auf einen Drittel angewachsen sein.

Ein weiterer Teil der Bevölkerung zog aber nicht nur in die Agglomeration ("Nahwanderer" ), sondern wanderte weiter weg ("Fernwanderer" ). Ausschlaggebend dafür waren - und sind auch heute noch - vorwiegend berufliche Gründe. Mit dem erneuten Wirtschaftseinbruch in den 70er Jahren entwickelte sich die " Zukunftsstadt" Biel zu einer "**Stadt ohne Zukunft!**" Von der Rezession am stärksten betroffen waren die ungelerten, vorwiegend weiblichen Beschäftigten der Uhrenindustrie, sowie Ausländerinnen und Ausländer. Dass die ausgewiesene Arbeitslosenquote mit ungefähr 3% im Vergleich zu anderen europäischen Ländern verhältnismässig gering blieb, liegt zu einem grossen Teil daran, dass die Arbeitslosigkeit durch die Ausweisung von Ausländerinnen und Ausländer exportiert wurde. Weiter wurde die Quote auch dadurch gedrückt, dass nicht alle Arbeitslosen bei den Behörden erfasst werden, sondern nur die offiziell " Stellensuchenden" . Eine ungewisse Anzahl Arbeitsloser (vorallem Zweitverdiener) meldeten sich aufgrund ihrer aussichtslosen Situation aber gar nicht als Stellensuchende an. Schliesslich wurden in der Statistik auch nur diejenigen registriert, die noch nicht " ausgesteuert" sind. Die Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit liegt deshalb bedeutend höher als die offiziell angegebenen Quoten, die sich heute zwischen 2.0 und 2.5 % bewegen.<sup>17</sup>

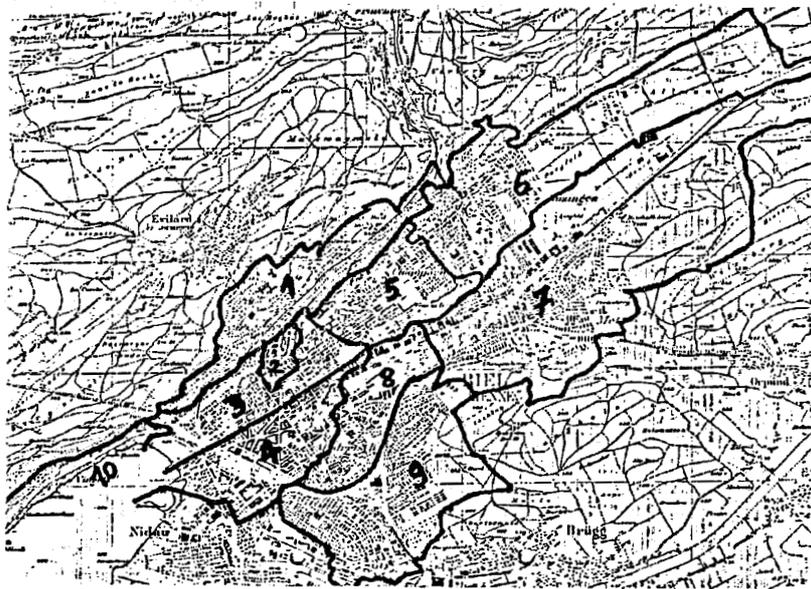
Vom Schock des Wirtschaftseinbruchs konnte sich die Uhrenbranche inzwischen aufgrund riesiger Investitionen der Banken und Umstrukturierungen finanziell einigermassen erholen. Die eigentliche Produktion wurde jedoch grösstenteils aus Biel ausgelagert und zentralisiert (z.B. in Marin), so dass in diesem Sektor vorwiegend Arbeitsplätze in der Administration übrig blieben.

<sup>17</sup> Vgl. NEUE ARMUT 1985. Für ihre Angaben zu diesem Thema danke ich Herrn Latzer und Herrn Jean vom Amt für Wirtschaftsförderung.

Gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze wurde die Uhrenindustrie in Biel 1983 erstmals von der Metallindustrie überholt. Gleichzeitig fand aber auch eine Verlagerung in den tertiären (oder gar quaternären) Sektor der Dienstleistungen und des Handels statt. Dieser Sektor wird denn heute auch als der profitträchtigste Bereich beurteilt, umfasst aber vorwiegend "anspruchsvolle" Arbeitsplätze. Da auch die vom Amt für **Wirtschaftsförderung** mit Darlehen, Einnahmeverzichten (z.B. Anpassungen des Bodenzinses), Steuererlass und Umschulungsbeiträgen neu in die Stadt geholten Firmen meist Arbeitsplätze für "Qualifizierte" in Aussicht stellen, können die schlecht geschulten und älteren Arbeitslosen kaum eine Besserung erwarten. Bei den Behörden wird deshalb mit einer "Sockelarbeitslosigkeit" von vielleicht 1 % gerechnet, die zu beheben praktisch unmöglich sei.<sup>18</sup>

Die räumliche Ausdehnung der Stadt erreichte bereits 1970 beinahe ihre **Grenzen**, und so werden zur Zeit die letzten übriggebliebenen Landreserven als Industrie- und Bauland zur Verfügung gestellt (Bözingenmoos). Da auch die Agglomeration weitgehendst überbaut ist und die Bodenpreise sowie die Kosten für die Anschlüsse an den Verkehr damit ebenfalls in die Höhe steigen, erfolgt in Biel momentan eine "zweite Welle" der Überbauung: Die im Bereich Bahnhofstrasse-Nidaugasse-Mühlebrücke angesiedelten Dienstleistungsgeschäfte dehnen sich in die anschliessenden Seitengassen aus, was zu einer Steigerung der Bodenpreise und zu einer **Citybildung** führt. Zudem bilden sich in Mett und Madretsch Nebenzentren (v.a. Einkaufszentren) heraus, die ebenfalls in zunehmendem Masse Wohn- und Lebensraum verdrängen.

Was die einzelnen **Stadtkreise** betrifft, so sind die Bevölkerungszahlen eher abnehmend in Madretsch-Süd (Stadtkreis 9) und in der Altstadt (2). Aus Bözingen (6) wandern eher Deutschsprachige ab, und aus Mett (7) eher Französischsprachige.



<sup>18</sup> Diese Zahl bezieht sich wiederum lediglich auf die Stellensuchenden. In den Leitlinien der Bieler Wirtschaftsförderung sind übrigens keine ausdrücklichen Kriterien für eine Aufhebung dieser "Sockelarbeitslosigkeit" vorgesehen. Das "volkswirtschaftliche Interesse bezieht sich auf die Neuheit der Produkte (d.h. auf ihre Marktchancen), auf die Grösse der Investitionen, sowie auf die Anzahl der Arbeitsplätze und allenfalls deren sektorielle Struktur.

Nach Amtssprachen getrennt verteilt sich die Bevölkerung in Biel wie folgt:<sup>19</sup>

Tabelle: Bevölkerung pro Stadtkreis nach Amtssprachen; nur Schweizerinnen und Schweizer:

(nur CH)	Deutschschweizer	Romands	Total	Prozent Romands
1 Rebbberg	2213	1253	3466	36.2%
2 Altstadt	678	291	1059	27.5%
3 Neustadt Nord	2731	1687	4418	38.2%
4 Neustadt Süd	3313	2147	5460	39.3%
5 Champagne	2264	1792	4056	44.2%
6 Bözingen	3529	1323	4852	27.3%
7 Mett	6065	2651	8716	30.4%
8 Madretsch Nord	1722	1009	2731	36.9%
9 Madretsch Süd	4846	2710	7556	35.9%
10 Vingelz	538	114	652	17.5%
<b>Total</b>	<b>27989</b>	<b>14977</b>	<b>42966</b>	<b>34.7%</b>

Aus dieser Aufteilung kann lediglich im "Nobelquartier" Vingelz ein Übergewicht der Deutschschweizer (82.5%) und im Stadtkreis Champagne ein solches der Romands (44.2 %) festgestellt werden. Die Aufteilung in die Stadtkreise ist allerdings viel zu grob, als dass eine allfällige Segregation, eine räumliche Trennung von Deutschschweizern und Romands damit erfasst werden könnte. Der damalige Statistiker von Biel, Pierre-André GYGI, nahm sich deshalb 1969 die Mühe, von den 326 Auszählposten der Volkszählung " die Prozentanteile Deutsch-Französisch auszurechnen" und kam zu folgendem Ergebnis: "Es gibt keinen Häuserblock, keinen Strassenanteil, der nur deutsch oder französisch sprechende Bieler hat (wir haben für diese Beobachtung die Ausländer weggelassen). Es gibt ... Auszählposten , die paritätisch sind, 50 : 50, wenige, wo französisch mehr als die Hälfte ausmacht, aber es gibt keinen der 326 Auszählposten, der nur deutsch- oder französischsprechende Personen registriert hat. Ein Vergleich mit den roten und den weissen Blutkörperchen drängt sich auf. Diese funktionieren nur, wenn sie sich ergänzen." (GYGI 1969) Ob diese Aussage auch für die heutige Zeit gelten kann, lässt sich leider nicht nachprüfen, da die entsprechenden Angabe - wie übrigens viele andere wichtige statistische Grunddaten zur Zweisprachigkeit - bei der Stadt nicht registriert werden.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Die Angaben stammen vom Bieler Statistischen Amt, bzw. von der Abteilung für Organisation und EDV. Für ihre freundliche Unterstützung danke ich Herrn Boder und Herrn Gertsch bestens. Die Aufteilung in die Amtssprache wird von den Einwohnern selber vorgenommen. Da in der Gesamtsumme auch Ausländerinnen und Ausländer enthalten wären, diese aber häufiger die Amtssprache " Französisch" wählen, sind nur die Zahlen für Schweizerinnen und Schweizer wiedergegeben.

<sup>20</sup> Dies ist kaum auf mangelndes Interesse zurückzuführen, sondern eher auf eine gewisse Zurückhaltung und Vorsicht vor allfälligen Diskussionen über die Bieler Sprachsituation, wie Herr Boder vom Bieler Statistischen Amt vermutet. "L'état malheureusement lacunaire des statistiques régionales" bemängelte auch schon Raymond BRUCKERT in seiner Dissertation " Bienne, son agglomération, sa région" (1970 : 9).

## 1.4. Sprachgeschichte (Teil II.)

---

Im Anschluss an die Differenzen zwischen der im 1. Weltkrieg deutschlandorientierten Deutschschweiz und der nach Frankreich ausgerichteten Westschweiz setzte in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts die Diskussion um den **"Röschigraben"**, die deutsch-französische Sprachgrenze ein. In diesem Zusammenhang ist auch die in den Bieler JAHRBÜCHERN 1927-29 geführte Diskussion über die Vor- und Nachteile der Bieler Sprachsituation zu sehen. Sie wurde eröffnet von Dr. H. BAUMGARTNER: "Als Bewohner einer Zweisprachenstadt, der täglich Deutsch und Französisch hört, vielleicht auch beides spricht, ist der Bieler leichter als Bewohner einer andern rein deutschen Stadt geneigt zu glauben, er verstehe beide Sprachen. ... Mit welcher Unbefangenheit äussern sich da die Deutschen in französischer Sprache, die Welschen in deutscher. Es fällt doch keinem ein zu erklären, er verstehe nicht Französisch oder nicht Deutsch. ... So gewöhnt sich denn unser Ohr an die Misshandlungen, die der Deutsche an der französischen Sprache, der Welsche an der deutschen begeht," schrieb er im JAHRBUCH 1972 (:64f) und weist darauf hin, dass die Bieler eben nicht wüssten, "dass diese ungesunden sprachlichen Verhältnisse schädigend auf unser Volkstum wirken."

Bereits im 18. Jahrhundert wurde das Bieler Sprachengemisch kritisiert: "Der gottesdienst wird alhier alternative teutsch und französisch gehalten, weil die Zuhörer beynach beyde Sprachen aber eigentlich keine recht verstehen und reden." Und: "La langue du pays est une espèce de mauvais allemand; mais comme il confine à la principauté de Neuchâtel, les habitants parlent en même temps un français corrompu." <sup>21</sup>

Im JAHRBUCH 1928 behauptete Gonzague de REYNOLD eine Verbindung zwischen der "corruption du language (et) celle des moeurs". Als Schutz vor diesem **Sittenzerfall** verlangte er die Separierung der beiden Sprachen und forderte insbesondere, dass die zweite Sprache erst deutlich nach der ersten zu lernen sei. Einige Seiten weiter vorne stellte auch der Deutschschweizer Otto von GREYERZ eine "Untreue der Muttersprache gegenüber" fest. Durch die Vermischung der Sprachen gehe die Sprachkultur verloren. Mit diesen Klagen ist zum einen die "**simplification linguistique**" angesprochen, die Wahl von einfachen Wörtern und kurzen Sätzen.<sup>22</sup> Zum andern sind damit aber auch Entlehnungen und Veränderungen der Sprache gemeint. Vor allem die Romands setzten sich zum Teil heftig gegen die übergreifenden *Germanismen* zur Wehr. So wurde vom 8. März 1931 an in einer Artikelserie im "Journal du Jura" die Sprachreinhaltung propagiert: "Ecrivons mieux ! Parlons mieux !"

"On disait " cape" pour bonnet (Kappe), " tablette" (Täfel) pour bonbon, " perron" pour quai de gare, " mappe" pour serviette, " chope " pour biberon, " stempfier" pour timbrer et " poutser" pour

<sup>21</sup> Das erste Zitat stammt vom Burgdorfer Pfarrer Joh. Rudolf Grunder und bezieht sich auf die Ligerzer (1730). Das zweite ist eine Tagebucheintragung des in Biel durchreisenden William Coxe (u.a. Kaplan des Herzogs von Marlborough) und datiert vom 26.10.1776. In der zweiten Auflage seiner Briefe wurde die Äusserung allerdings abgeschwächt: "La langue du pays est un allemand provincial, mais en égard à la proximité de la principauté de Neuchâtel, on y parle aussi un patois français." (alle Zitate aus BOURQUIN 1955)

<sup>22</sup> FERGUSON nannte dieses Phänomen "foreigner talk" (HAMERS/BLANC 1983 : 196) vergleichbar sowohl mit Gesprächen mit Ausländerinnen in der Schweiz als auch mit dem Sprechen in (Verb-)Grundformen der Schweizer im Ausland.

nettoyer. L'influence de l'allemand est aussi évident dans les phrases suivantes: " Tu regardes mes cartes? Ca vaut pas ! " (das gilt nicht) - " J'en ai plus pas une" - " Je suis en colère sur toi" usw. (SCHULE 1986). Manche Wörter wanderten sogar mehrmals über die Sprachgrenze. So beispielsweise das heute im Schweizerdeutschen gebräuchliche " caquelon", das ursprünglich von " Chachel" abgeleitet wurde. (ARQUINT et.al. 1982 : 201)

Diese Klagen schienen das Einverständnis zwischen den beiden Sprachgruppen jedoch nicht zu beeinträchtigen, zumindest nach offizieller Meinung. So schrieb der damalige Bieler Stadtpräsident Guido Müller 1929 in einem Gutachten an die belgische Regierung, die ihn um eine Darstellung des mustergültigen Bieler Sprachfriedens bat, das Problem sei "grundsätzlich gelöst, wo, wie in Biel, das Begehren der französisch sprechenden Minderheit bei der deutschsprechenden Mehrheit jederzeit williges Gehör und entgegenkommendes Verständnis findet. .. denn was ein rechter Bieler sein und in öffentlicher Sache mitreden will, von dem wird gefordert, dass er die andere Sprache zum mindesten verstehe. - So ist Biel die einzige Stadt in der Schweiz, wo zwei Sprachen durchwegs gleichberechtigt nebeneinander bestehen und angewendet werden."<sup>23</sup>

Als lautstarker Kritiker der Bieler Zweisprachigkeit erwies sich allerdings der Nazi-Sympathisant Heinrich Thomke, der ab 1954 in seiner Zeitschrift " der Bieler. Ein Spiegel und Sprachrohr für die engere Heimat" zum *Kampf gegen die "Verwelschung"* aufrief. Besorgt über die Zusage des Stadtpräsidenten an einen französischsprachigen Motionär, "Massnahmen zu treffen, dass die Bezeichnung Biel - Bienne überall zur Anwendung kommt" schrieb er : "Heute geht es darum, das deutsche Biel endgültig aus dem deutschen Sprachgebiet herauszubrechen und ihm zunächst den künstlichen Namen Bienne anzuhängen." Die Romands beurteilte er als "sittenlos", die Alemannen als "gesund" und "sittenrein". - "Thomke vermochte zwar mit seiner Zeitung zu provozieren, aber Anhänger fand er kaum." (TAM 1978) Eben gerade zur Abgrenzung zum Nazideutschland und zur Stärkung der " Schweizerischen Eigenart" wurde ungefähr ab 1935 im Zusammenhang mit der geistigen Landesverteidigung das Schweizerdeutsche gefördert. Nach dem 2. Weltkrieg flachte diese Bewegung etwas ab und wurde erst gegen Ende der 60er Jahre von Bern aus wieder aufgenommen und durch die neue Mundartdichtung verbreitet. den grössten Widerstand erfährt die Mundartwelle von Seiten der Erziehungsdirektoren, die für die *Sprachreinhaltung* plädieren. So bestimmt das deutschsprachige Primarschulgesetz: "vom 3. Schuljahr an ist das Hochdeutsche grundsätzlich Unterrichtssprache." (Art.6.3.) Und im Lehrplan für die 8.Klasse wird zur Aussprache vermerkt: "... in jedem Fall grobe Helvetismen vermeiden."<sup>24</sup>

Bis gegen Ende des 19.Jahrhunderts war die Hochdeutsch-Mundart-Zweisprachigkeit der Deutschschweizer problemlos. Allerdings konnten praktisch nur die Intellektuellen Hochdeutsch sprechen. Dies änderte sich, als Pädagogen die Einführung der Schriftsprache als Unterrichtssprache ausriefen. Ob sich der zunehmende Gebrauch der Mundart mit solchen Massnahmen verhindern lässt, bleibt jedoch fraglich. (Werner HAAS in: ARQUINT et.al. 1982 : 101ff)

Von Seiten der Romands wird dem Schweizerdeutsch oft ein Mangel an Feinheiten vorgeworfen. Richard WALTER stellt dazu fest: "Pour un français, même moyennement cultivé, la langue est un instrument dont il tient bien à jouer; pour un Alémanique, son parler plus terre-à-terre n'est qu'un utensile, à vrai dire

<sup>23</sup> Zitiert nach einem Artikel von Elisabeth Kästli, Tobias Kästli und Laure Wyss im Tages-Anzeiger-Magazin (TAM 1978) . In Belgien wurde das sprachliche Territorialprinzip erst 1970 eingeführt. Es teilt das Land in vier Sprachregionen: Flämisch, Französisch, Deutsch, sowie ein zweisprachiger Distrikt Brüssel. Trotzdem konnte der Sprachenstreit bis heute nicht vollständig aufgehoben werden.

<sup>24</sup> Unter Helvetismen werden die typisch deutschschweizerischen Knacklaute verstanden. Vor einem " gefährlichen Vormarsch der Mundart" warnte kürzlich wieder der Luzerner Erziehungsdirektor Walter Gut: "Wir schulden es unseren französisch- und italienischsprechenden Miteidgenossen, dass sie uns verstehen können." (NZZ, 22.1.87)

indispensable, mais dont la forme ne le préoccupe guère," und weist wiederum auf die Gefahr der sprachlichen Verarmung in einer zweisprachigen Stadt hin: "Le Biennois s'habitue à choisir les mots les plus simples." Er spricht von einem "manque de nuances" und warnt: "non seulement la langue s'altère, devient pauvre, maladroite et vulgaire, mais la pensée elle-même s'altère et s'appauvrit." Da das Gymnasium bis 1955 nur in deutscher Sprache geführt wurde - mit getrenntem Sprachunterricht - seien viele Romands "linguistisch Entwurzelte" geworden. Während das Französisch im 19. Jahrhundert als die Sprache der (Fremd-)Arbeiter galt, so seien inzwischen viele Romands sozial aufgestiegen und sprachbewusster geworden. Die Situation habe sich schliesslich auch mit der Schaffung des "**Gymnase français**" etwas verbessert. (in: JAHRBUCH 1969 : 29ff)

Ein erstes Gymnasium wurde in Biel bereits 1817 gegründet, 19 Jahre später aber bereits wieder geschlossen. Das heutige Deutsche Gymnasium wurde 1902 eröffnet. Obwohl die Romands seit 1891 ein zweisprachiges Progymnasium besuchen konnten, so mussten sie sich in den oberen Klassen durchwegs der deutschen Unterrichtssprache anpassen. Ein erster Vorschlag zur Schaffung eines zweisprachigen Gymnasiums geht zwar auf das Jahr 1929 zurück, eine ernsthafte Petition für die Einführung der französischen Sprache wurde jedoch erst 1950 vom "congrès d'enseignants jurassiens" vorgebracht. Im Bieler Stadtrat bildete sich in der Folge eine "commission d'études", die sich der Forderung annahm. Es wurden allerdings auch Widerstände gegen die Idee laut, zum einen von den "partisans d'une culture bilingue", und zum andern vom Lehrerseminar in Porrentruy, welches eine Konkurrenz befürchtete. Der Regierungsrat entschied schliesslich, dass Biel kein französischsprachiges Gymnasium erhalte. Daraufhin intervenierte der Stadtrat und erreichte, dass eine erste "section de classe" mit 25 Französischsprechenden eröffnet wurde. 1956 schliesslich gab der Kanton nach und das "gymnase français" wurde gegründet. (WALTER in: Construire, 16.6.76)

Das 1889 gegründete kantonale Technikum und die Gewerbeschule sind bis heute zweisprachig geblieben. 1858 wurde eine Städtische Handelsschule eröffnet, 1960 das "Gymnase de commerce", sechs Jahre später das "Gymnase économique", erst in den 70er Jahren hingegen die "Ecole normale".

Dass die Trennung der Schulen zu einer **Separierung der beiden Sprachgruppen** führen könnte, wurde erst in den 70er Jahren diskutiert. Mit der Wirtschaftskrise und dem Abblättern des optimistischen Bildes der "Zukunftsstadt Biel" wurde auch die "harmonische Einheit von Deutsch- und Französischsprachigen" in Frage gestellt. Nicht nur die Schulen waren mittlerweile grösstenteils sprachlich getrennt, sondern auch Theater und Zeitungen.

W HADORN fasste diese Entwicklung der Zweisprachigkeit wie folgt zusammen: "Bref: L'histoire du bilinguisme à Bienne est l'histoire d'une séparation progressive des groupes linguistiques. Car il reste superficiel: sa fonction restreint à la communication quotidienne et n'atteint pas une entente plus profonde." (in: 24Heures, 8.10.76) Auf eine Tendenz in diese Richtung machte bereits Armin KAMER in seiner Untersuchung über die "Assimilation in einer wachsenden Industriestadt, dargestellt am Beispiel der Zuzüger in der zweisprachigen Gemeinde Biel" (1963 : 67) aufmerksam, indem er feststellte, "dass bei den alteingesessenen Bewohnern eher noch mehr Berührungspunkte zur anderssprachigen Bevölkerung bestehe als bei den Zuzüger. Die Berührungspunkte sind jedoch, wo sie sich nicht aus beruflichen Verumständen ergeben, meist informaler Art, d.h. sie bestehen in der Regel ausserhalb des organisierten und deshalb sprachlich meist getrennten sozialen Lebens der Gemeinde."

Als der Bieler Stadtrat R.Schaer im April 1976 eine Motion einreichte, die sich nach der Möglichkeit erkundete, aus finanziellen Gründen auf die Übersetzungen der parlamentarischen Interventionen zu verzichten, sprach sich der Gemeinderat (Exekutive) gegen einen solchen Vorschlag aus: "Il s'agit d'une question de principe" schrieb er als Antwort. "La solution actuelle est le fruit de beaucoup de tolérance et de compromis, d'intelligence et d'imagination. Les deux communautés linguistiques ont su éviter les écueils qui, sous d'autres cieux, ont mené à d'interminables querelles." Und weiter: "C'est la condition non seulement de la paix dans notre ville, mais dans notre pays."<sup>25</sup>

Aus dieser Antwort geht hervor, dass es bis zu diesem Zeitpunkt der Stadtregierung vor allem darum ging, das Musterbild des friedlichen **Nebeneinanders** von zwei Sprachgruppen zu erhalten und einen allfälligen Sprachstreit zu vermeiden.

Vor einem Jahr schrieb der Bieler Schuldirektor Raymond GLAS allerdings: "Malheureusement, cet esprit de tolérance est parfois contrecarré par des manifestations frisant le racisme. Parmi la jeunesse, il est encore trop fréquent d'assister à des batailles entre les Romands et les Alémaniques. Dans un collège de la place on a même tenté de séparer une cour de récréation en deux, une partie devant être réservée aux Romands, l'autre aux Alémaniques." Und Beat Jordi stellte 1981 fest: "Wenn sich 'Teddies' in den Strassen prügeln, so verläuft der Graben genau entlang der Sprachgrenze : Romands gegen Deutschbieler. Ob auf den Pausenplätzen der Schulen, ob im Bus oder am Arbeitsplatz, die beiden Sprachgruppen sind da meistens unter sich." (in: Berner Zeitung, 28.7.81) Streitereien unter Jugendlichen fanden aber auch schon zu früheren Zeiten statt: "**On va schlagher**" sagten vor 50 Jahren die Buben, die im Pasquart wohnten, französisch sprachen und die Kollegen der deutschsprachigen Elfenaustrasse vermöbeln wollten." (TAM 1978)<sup>26</sup>

<sup>25</sup> "Réponse à la motion R.Schaer No 2'214 : économie à la Chancellerie", beantwortet am 15.10.1976.

<sup>26</sup> Die Separierung ging allerdings bislang nicht so weit wie in Freiburg, wo der Mundartpoet Franz Aebischer kürzlich die Gründung einer Deutschfreiburger Partei ankündigte (TAGES-ANZEIGER, 10.7.86), und ist nicht vergleichbar mit der Forderung einiger Rätoromanen nach der Einführung der romanischen Sprache in der Armee und die Bildung von Formationen mit Rätoromanischen Wehrmännern (Bündner Zeitung, 20.2.86).

**Das Auseinanderleben der deutschen und welschen Schüler** wurde 1983 vom Schulvorsteher Willy BERNHARD aufgegriffen und als Gedankenanstregung in den Projektplan der städtischen Behörde eingegeben. In der Problembeschreibung hielt er zum einen die strukturellen Unterschiede der unterschiedlichen Schulregelung fest, zum andern stellte er aber auch "eine veränderte Haltung der anderen Sprachgruppe gegenüber" fest. "Betonen der eigenen Identität und empfindliches Reagieren haben nicht selten Vorrang vor Annäherung, Gemeinsamkeiten suchen, Einfühlen in die andere Art." (PROJEKT C 83/01)

Einen Grund für diese Entwicklung sah BERNHARD auch "im hohen Anteil an Ausländerkindern in den französischsprachigen Klassen. In der Tat wählen die meisten ausländischen Eltern für ihre Kinder die französische Amts- und Schulsprache. Bei den französischsprachigen Schulen betrug der Anteil ausländischer Kinder 1985/86 40 %, bei den deutschsprachigen hingegen nur 13 %.<sup>27</sup>

Zudem ist eine Verschiebung im Verhältnis der beiden Schulsprachen festzustellen: Bei den Primarschulen sind die Gesamtzahlen seit 1974 rückläufig, bei den Deutschsprachigen aber etwas stärker, so dass sich im Schuljahr 1979/80 ein Wendepunkt einstellte: Seither gibt es in Biel mehr französisch- als deutschsprachige Schülerinnen und Schüler. Bei den Sekundarschulen besteht seit 1973/74 ein zahlenmässiges Übergewicht der Französischsprachigen. Dass diese Entwicklung auf die zunehmende Zahl ausländischer Kinder zurückzuführen sei, kann jedoch nicht gelten. Prozentual stieg der entsprechende Anteil erst im Jahr 1981/82 leicht an, in absoluten Zahlen ist aber auch er seither rückläufig. Da der Rückgang der Schweizer Kinder ausgeprägter ist, könnte der Anteil der Ausländerkinder in den französischsprachigen Schulen in den nächsten Jahren auf etwa 45 % steigen. Bei den mehrsprachig geführten Kinderhorten betrug er 1985 übrigens 81 %, was darauf zurückgeführt werden kann, dass in vielen ausländischen Familien beide Elternteile arbeiten müssen. (SCHULSTATISTIK 1985/86)

Um ein allfälliges Auseinanderleben nicht nur der Schülerinnen und der Schüler, sondern möglichst der gesamten Bieler Bevölkerung zu erfassen, wurde der Projektentwurf in der Folge entsprechend abgeändert. Als Annäherung an dieses Ziel, der Ausarbeitung eines **"aktuellen Stimmungsbildes der Bieler Zweisprachigkeit"**, wurde im November/Dezember 1986 eine repräsentative Umfrage bei der Bieler Bevölkerung veranlasst. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden im dritten Teil vorgestellt. Sie geben Aufschluss über die Fremdsprachenkenntnisse der befragten Personen,<sup>28</sup> über die zwischensprachlichen Kontakte, sowie über die Beurteilung der Zweisprachigkeit im allgemeinen, der Stadt Biel und der jeweils "anderen" Sprachgruppe.

Im zweiten Teil des vorliegenden Berichts werden aber zuerst einige theoretische Vorüberlegungen präsentiert und die entsprechenden Begriffe geklärt. Da in diesem Teil auf die Übersetzung von der wissenschaftlichen in die alltägliche Sprache verzichtet wurde, ist er wahrscheinlich ohne Vorkenntnisse schwer verständlich: Es ist oft einfacher, einen Ausländer zu verstehen, der um den Weg zum Bahnhof fragt, als die Diskussionen zwischen einer Akademikerin und einem Akademiker zu verfolgen..... ( nach WEINREICH 1976 : 11).

<sup>27</sup> 65 % der Ausländerkinder kommen aus Italien, und 15 % aus Spanien, also aus "romanischen" Ländern. Basis für die Angabe der Deutschsprachigen ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den Kindergärten, Primarschulen und Sekundarschulen. Bei den französischsprachigen Schulen sind auch das Untergymnasium sowie die Auswärtigen inbegriffen. (SCHULSTATISTIK 1985/86)

<sup>28</sup> "Bei " Grüezi" hört's auf", behauptete beispielsweise der Journalist Werner HADORN (in: Femina, 7.1.1981).